

Zero Tolerance oder Community Policing

Ein Essay zur Geschichte und zum Stellenwert eines Ideologiestreits

■ Joachim Kersten

Seit einigen Jahren pilgern europäische Polizeichefs über den Atlantik, um sich in den Vereinigten Staaten nach erfolgreichen, nachahmenswerten Konzepten umzusehen, wie die großen Städte zu befrieden seien. Nachdem sich inzwischen die Schattenseiten der New Yorker Zero Tolerance herumgesprochen haben, setzen vor allem die Kritiker eines ungebändigten Gewaltmonopols auf *Community Policing* als die vermeintlich bessere Seite der Medaille. Joachim Kersten zeigt anhand der amerikanischen Diskussionen und ihrer hiesigen Rezeption, dass dieser idealtypische Gegensatz wenig mit den praktischen Problemen einer gemeindenahen Polizeiarbeit zu tun hat, die gerade zur Verbesserung ihrer zivilgesellschaftlichen Akzeptanz auch zeigen muss, dass sie in bestimmten Fällen normverdeutlichend »durchgreifen« kann.

Sind so viele Bücher ...

Das Büro, das ich von August 1999 bis März 2001 an der Northwestern University als DAAD-Professor benutzen durfte, gehört Wesley Skogan. Es gab dort außer einem Schreibtisch, einem Stuhl, dem PC und ein paar Ablageflächen eigentlich nur Bücher in Regalen, die bis zur Decke gehen. Die dort in Zweierreihen hintereinander gelagerte englischsprachige Literatur hatte fast ausschließlich mit Polizeithemen zu tun. Als Skogan mir dieses Büro zeigte, wies er auf die Klassikerecke hin. Dort fanden sich zu meiner Freude auch die Romane von Joseph Wambaugh. Falls ich aber wirkliche gute neue Bücher über Polizei bräuchte, solle ich in sein anderes Büro an der Northwestern im Institute for Policy Research kommen. Skogan leitet seit zehn Jahren ein bedeutendes Forschungsprojekt zur Wirkung des *community policing* in Chicago (CAPS). Entsprechend geräumig ist das Forschungsgebäude, und auch dort ist sein Büro bis zum Rand mit kriminologischer Fachliteratur, zu einem großen Teil über Polizei, vollgestopft.

Meine deutschsprachige Literatursammlung zum Thema Polizei passte ohne Mühe einreihig in eine untere Regalteilhälfe in Wesleys kleinem Büro. Es stellen sich zwei Fragen: Einmal, warum gibt es in Deutschland so wenige Bücher, die sich qualifiziert mit Polizei auseinandersetzen? Warum gibt es überhaupt nichts, was man mit den amerikanischen Forschungsprojekten zu Polizeithemen vergleichen könnte? Unser Polizeipersonal ist zweifelsohne bes-

ser ausgebildet und durch Gesetz und Vorschriften »zurechnungsfähiger« als das in dieser Beziehung äußerst heterogene amerikanische, könnte man einwenden. Zum anderen fragt man sich, wenn es in den USA seit so vielen Jahren viele und gründliche Untersuchungen über Polizei und Gesellschaft gibt, warum gibt es dort immer noch keine bessere Polizei? Warum reiht sich in Metropolen der USA wie New York, Los Angeles, Chicago und Philadelphia ein Polizeikandal an den nächsten (vgl. Rashbaum 2000; Purdum 2000; Conroy 2001)? Warum entsteht häufig der Vorwurf des *racial profiling*, also eines immanenten Rassismus in der Polizei (Weiser 2000)? Handelt es sich bei der Wissenschaft über Polizei und, auf der anderen Seite, der polizeilichen Alltagspraxis um die zwei Seiten eines Grand Canyon oder gänzlich unverbundene Kontinente (vgl. dazu auch Reicherz 2001)?

Seit den 60er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts hat sich die kritische Gesellschaftswissenschaft in den USA und etwas später auch bei uns mit dem Projekt einer gewaltfreieren und gerechteren Gesellschaft befasst. Nicht Staatsanwälte und Ermittler, sondern Sozialwissenschaftler und Journalisten haben Praktiken von Unrecht und Unterdrückung sowie die Ursachen von Gewalt analysiert und damit auch die Funktion, die die Polizei darin hatte. Die skeptische Grundhaltung der Sozialwissenschaften und der kritischen Zeitgenossen kommt nicht von ungefähr. Im Hinblick auf die Geschichte der USA und Deutschlands kann es wenig Zweifel daran geben, dass die Gewaltlizenz der Polizei über lange Phasen ein Unterdrückungs-

mittel darstellte. Polizeimacht, auch als Ausübung von massiver Gewalt, sie diente zur Verteidigung von Besitzrechten gegenüber breiten Randschichten, sie diente Herrschaftsinteressen und staatlichen Ordnungsvorstellungen, gelegentlich aber auch zur Verteidigung der Demokratie, z.B. während der SA-Rotfront Gemetzel der Weimarer Republik.

Geschichte und Bild der Polizei

In der Geschichte der amerikanischen Polizeien lassen sich vier Entwicklungsphasen voneinander unterscheiden:

- Die Anfangsphase im 19. Jahrhundert zeichnet eine Polizei im Besitz und zu Diensten von lokalen Machthabern, eine weitgehend »unge setztlich« agierende GröÙe (Greene 2000: 205).
- Dem folgt eine »Reformära« von etwa 1920 bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, in der sich eine geregelte professionelle Form zu etablieren sucht.
- Daran schließt sich eine kurze »professionelle« Ära der Polizei an.
- An deren Ende entwickeln sich als Ausweg aus dem Ende der 60er Jahre einsetzenden massiven Effizienz- und Legitimationsverlust der US-Polizei beide Strategiekonzepte, *community policing* und auch *zero tolerance* (Nulltoleranz). Auf fast schon tragische Weise überlagert sich in den USA der Höhepunkt der professionellen Ära, also die Phase der weitgehend staatlichen Zuständigkei für Sicherheit, mit einer Eskalation von Kri-

sen im Bereich der Straßen- und Gewaltkriminalität. Die »professionelle Ära« der Polizei ist gleichzeitig auch die Phase ihrer maximalen Distanz und Arroganz gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit, besonders aber gegenüber Ghettobewohnern, rebellierenden studentischen Vietnamkriegsgegnern, Bürgerrechtsaktivisten und anderen gesellschaftskritischen sozialen Bewegungen. Zum gleichen Zeitpunkt erreichen die Kriminalitätsraten damals ihr höchstes Niveau. Die ehemaligen Arbeiterwohnbezirke der Innenstadt werden zu Problemzonen mit einer außerordentlich hohen Sichtbarkeit von Kriminalität. Ghettos werden bewohnt von arbeitslosen Minderheitsangehörigen und Wohlfahrtsempfängern. Es gibt ausgedehnte *race riots* in Los Angeles, Detroit, Philadelphia und Newark, und gleichzeitig beginnt sich das großstädtische Drogenproblem abzuzeichnen (Greene 2000, p. 206). Die Filme der frühen 70er Jahre haben Polizei und Verbrechen zum Gegenstand. »Dirty Harry« und »French Connection«, aber auch »Taxi Driver« sind so gesehen öffentlichkeitswirksame Versionen einer Kritik an Gesellschaft und Kriminaljustiz. Sie handeln vom Versagen der Polizei und von ihrem Unvermögen, Opfer wirksam vor krimineller Gewalt zu schützen.

Zur gleichen Zeit beginnt in westlichen Kulturen ein Wandel im Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Dieser Paradigmenwechsel gründet sich auf eine verbreitete Empfindung des »Ausgeliefertseins« gegenüber den ökonomisch-technologischen und sozialen Veränderungen. Gemeint sind damit beispielsweise das Schwinden des sekundären Sektors, das Bewusstwerden der Umweltgefährdung/-zerstörung und auch die Sichtbarkeit von sozio-kulturellen Veränderungen durch Masseneinwanderung. Zusammen führt dies bei breiteren Teilen der Bevölkerung von Industriegesellschaften zu einem »Opfergefühl« und verlagert die Aufmerksamkeit weg von den Problemen des Täters hin zum Schicksal des Opfers. Vor allem Frauen und Kinder werden als tatsächliche oder potenzielle Gewaltopfer identifiziert. Der skandinavische Kriminologe Nils Christie hat als Erster Anfang der 80er Jahre darüber spekuliert, wie sich Empfindungen von Empathie gegenüber Devianten und Marginalisierten in ein Gefühl von eigener Unsicherheit gewandelt haben. Aus diesem Wandel resultiert in den 70er und 80er Jahren ein neues Sicherheitsbedürfnis und eine Renaissance punitiver Haltungen.

Die urbanen Krisen, die in den USA zu Beginn der 60er Jahre einsetzen, haben insofern mit der Polizei zu tun, als dass sie deren Ohnmacht offenlegen und ihr Fehlverhalten deutlich machen. Die Polizei ist trotz ihrer Professionalität dem Chaos der Moderne, der Anomie als Folge des Zusammenbruchs traditioneller Formen von normativer Orientierung und sozialer Kontrolle nicht gewachsen. Die Konsumgesellschaft eröffnet neue Kriminalitätsgelegenheiten, Sozialisationsverläufe von Kindern und Jugendlichen werden instabiler und deren subkulturelle Bindungen stärker (Burke 2000). Zu dieser Zeit steigen die Kriminalitätsraten, obwohl immer weniger Kriminalität der Polizei gemeldet wird. Nur wenige stimmen allerdings in den Ruf der radikalen Bewegungen ein, die wollen,

dass man die Polizei abschafft. So lassen die Krisen in der Öffentlichkeit den Ruf nach einer effizienteren, kompetenteren Polizei als zuständiger gesellschaftlicher Instanz lauter werden. Aus dieser Krise der Polizeipraxis und der Wahrnehmung von Polizei durch die Bevölkerung röhren die idealtypischen Pole des Spektrums zwischen Nulltoleranz und *community policing*.

In eben dieser Zeit bis etwa 1975 erfahren in allen westlichen Ländern die Gesellschaftswissenschaften mit Soziologie, Kriminologie, Psychologie und Sozialarbeit eine explosive Ausbreitung. In Seminaren und Forschungsinstituten wird intensiv über den maroden Zustand der Metropolen geforscht und über Modelle der Verbesserung nachgedacht. Aber auch das kann nichts daran ändern, dass die Wirklichkeit außerhalb der Studierstuben und Lehrstuhlbüros, vor allem aber auch außerhalb der Polizeiwichen schwieriger, unübersichtlicher und feindlicher wird. Allerdings mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen für Akademiker und Polizisten. Je weniger Kompetenz man der Polizei für die Lösung der anstehenden Probleme zutraut, um so stärker ist der Legitimationszuwachs für das sozialwissenschaftliche Projekt der Gesellschaftsverbesserung, und in seiner Folge auch für die Sozialpädagogik.

Die gesellschaftskritische Intelligenz ist der Polizei selten wohl gesonnen. Vielen Wort- und Schriftführern der Sozialwissenschaft zufolge ist die Polizei für den schlechten Zustand der Welt geradezu hauptverantwortlich. Polizisten gelten nicht als Partner für Projekte der Gesellschaftsreform durch Intellektuelle und soziale Bewegungen, sondern als bewaffnete Hauptgegner von Veränderung, als Verteidiger des *status quo* der Gesellschaft. Aus dieser Frontstellung zwischen Polizei und Gesellschaftsveränderung bezieht das Gesinnungsspektrum der radikalen akademischen Kritik seinen Nachwuchs. Polizisten werden als Schindernknechte des Kapitals und des Faschismus identifiziert und zu »pigs« oder »Bullenschweinen« herabgewürdigt.

Während angesichts der Studentenunruhen in den Medien und bei Teilen der Bevölkerung nach einer durchsetzungsfähigeren Staatsmacht gerufen wird, röhrt im Westen Deutschlands das schlechte Bild der Polizei bei den gesellschaftskritischen Bewegungen aus »handfesten« Erlebnissen bei Demonstrationen und zunehmend aus dem Wissen um die verbrecherische Mittäterschaft deutscher Polizisten im Nationalsozialismus. Nach dem Kriegsende geschah statt einer Auseinandersetzung mit dieser historischen Bürde und einer konsequenten De-Nazifizierung in bestimmten Landesteilen, z.B. Schleswig-Holstein, eine Re-Nazifizierung, beziehungsweise ein rituelles Reinwaschen von Ex-Nazipolizisten durch ein Netzwerk brauner *old boys*, die sich, gedeckt durch Justiz und Politik, gegenseitig Positionen in Kripo und Schutzpolizei verschaffen konnten. Zum verdrängten Verbrechen gesellt sich das Unvermögen der für die Nachkriegspolitik Verantwortlichen, aber auch von Kriminologie und Soziologie, sich das kriminelle Erbe einzugehen, statt die Legende von der »sauberen Ordnungspolizei« aufrecht zu erhalten (Janßen 2001). Später befassen sich historische Analysen

wie Christopher Brownings Bericht über »Ganz gewöhnliche Männer« beim Endlösungseinsatz in Polen sowie Hans Joachim Heuers Untersuchung über den Gestapo-»Berufsalltag« mit diesem Kapitel deutscher Polizeigeschichte. Aber auch die weniger grauenhafte Geschichte, die Siegfried Lenz in seiner »Deutschstunde« über die Liebe des deutschen Polizisten zu seiner Pflicht erzählt, nimmt diesen Scham- und Tabubereich ins Visier. Eine offensive Auseinandersetzung mit den Offizialdelikten, den Nazi-Polizeiverbrechen und der nachfolgenden Strafvereitelung durch Polizei und Justiz des Nachkriegsdeutschland findet nicht statt. Auch dies fürttert ein Vierteljahrhundert später die Legitimationsstrategien der RAF, die den Krieg gegen Staat, Polizei und Gesellschaft eröffnen.

Aber auch die moderateren Reformperspektive der Sozialarbeit sieht die Polizei als Antithese jeglicher Pädagogik, Therapie und sozialen Heilungsaussicht für die Probleme der Gesellschaft. Vieles, was damals von Soziologie und Pädagogik entworfen wurde, erinnert an die Helden des berühmten spanischen Romans. Die Don Quijote-Soziologie und ihr etwas behäbigerer Assistent, der sozialpädagogische Sancho Pansa, kämpfen für eine Gesellschaftsreform als exaktes Gegenteil einer polizeilichen Praxis: Einbeziehen, nicht aus- und wegschließen; zusammenfinden, nicht auseinandertreiben. Integration der Randgruppen statt deren Kontrolle; den allseitigen herrschaftsfreien Diskurs statt Sanktionen. Statt autoritärer Maßnahmen will man das Bunte und Gesunde, Freiheit statt Uniform, Powerfrau statt Schutzmänn. Aber die romantisch überhöhte Angebetete (Arbeiterklasse und Randschichten) will sich einfach nicht retten lassen, und der feindliche Drache ist nicht mehr als eine Windmühle mit ihren Flügeln. Die soziologischen Erklärungen drehen sich schwindelerregend im Kreise und die Pädagogik steht dabei hilflos vis-à-vis.

Andere Zeiten, andere Anforderungen

Seit dem Ende der 60er Jahre bis in die 80er Jahre durch eine kritische Öffentlichkeit und soziale Bewegungen unterstützt stehen die Befürworter der Gesellschaftsreform durch Pädagogik statt Polizei heute vor mehreren Problemen. Die Frage, ob Polizei in der »globalisierten Postmoderne« noch als Kontroll- und Kampforgan des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse zum Einsatz kommt, ist überholt. Polizeiliches Gegenüber ist nicht mehr die Fabrikarbeiterklasse (*blue collar working class*), die von der Mitte des 19. bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die Fabrikhallen und Mietskasernen der entstehenden Industriationen bevölkert hat. In postindustriellen Gesellschaften handelt es sich seit drei Jahrzehnten eher um ein inkohärentes Segment von Unterschicht: Zuwanderer, Gelegenheitsarbeiter und Sozialhilfeempfänger, häufig durch Arbeitsmarkt und Sozialabbau in Konkurrenz zueinander. In Deutschland glauben nur noch einige Seminar Marxisten und die Anhänger des Skinhead-Kults ernsthaft an ein kulturelles Leitbild von »Arbeiterklasse« (eben »working

class«, wie es in der Skinhead-Legendenbildung genannt wird). Somit musste sich die traditionelle Polizeikritik von einer zentralen Legitimationsgrundlage verabschieden, nämlich von der Polizei als Unterdrückungsapparat, der »die« Arbeiterklasse in Schach hält.

In Deutschland hat seit mindestens drei Jahrzehnten und verstärkt seit der Vereinigung eine andere Sicht auf Opfer und Täter, zentral in den Medien, die traditionelle Polizeikritik links liegen gelassen. Zielrichtung und Legitimität polizeilicher Arbeit wurden neu orientiert. Es geht nicht mehr darum, dass die Polizei zuviel tut. Man macht ihr den Vorwurf, dass sie nicht genug tut, nicht ausreichend hart gegen prügelnde Ehemänner, Skinheads, Neonazis und Kinderschänder vorgeht. Gerade in gesellschaftskritischen sozialen Bewegungen von Frauen- bis Anti-Nazi- hat sich eine Sicht durchgesetzt, die der Polizei eine friedensbewahrende, eine Schutzfunktion zuordnet. Geschützt werden sollen durch Strafverfolgung Frauen und Kinder als Opfer von häuslichen Gewaltschauplätzen, ausländische Mitbürger, Elends- oder Kriegsflüchtlinge als Opfer von Gruppierungen »nationalgesinnter«, d.h. hassorientierter Jugendlicher sowie Kinder, Frauen und Männer als Opfer organisierten Handels mit Sex- und Drecksarbeitskräften. Und wenn die Besitzer von Arbeitsplätzen (»Arbeiterklasse«) am liebsten nicht allzuviel mit der Polizei zu tun haben möchten, in ihrer Mehrzahl denken sie gewiss nicht an die Abschaffung dieser Institution. Es gibt ausreichend Gelegenheiten, bei denen die Polizei als gewaltlizenzierte Macht (als *police force*, nicht als *police service*) Castortransporte, Flughafenbaustellen oder rechtsradikale Parteien und ihre Anhängergruppen vor Gegendemonstranten schützen muss. Trotzdem hat sich das Gesamtbild von Polizei zumindest so differenziert, dass auch bei solchen Anlässen die Argumentationsbasis der traditionellen Polizeikritik schmäler wird.

Nach zehn Jahren weitgehend wirkungsloser Entrüstungsroutine und punktueller Feuerwehrtätigkeit der Sozialpädagogik, Jugendpolitik und Jugendgerichtshilfe gegenüber einem unerwartet heftigen Aufflammen von Brandherden der neuen deutschen Hasskriminalität, begangen durch Jugendliche und junge Männer, ist man sich selbst auf der kritischen Seite weitgehend darüber einig, dass die Gesellschaft für die Eindämmung solcher Missstände auch eine Polizei braucht, vielleicht eine bessere als die, die man hat. Statt des radikalpädagogischen Kampfrufs »WEG MIT DER POLIZEI!« wird nun verhalten der gemeinsame WEG mit der Polizei avisiert. Über die Marschroute ist man sich allerdings nicht im Klaren, denn sie geht in zwei völlig entgegengesetzte Richtungen. Während die eine Fraktion ein sozialpädagogisiertes *community policing* als Dienstleistung favorisiert, wollen andere, bemerkenswerterweise vormals strikte Gegner jedes »law and order«-Denkens, vor allem ein strikteres Reagieren der Polizei auf Gewalt und urbane Desintegrationserscheinungen. *Community policing* oder *zero tolerance* sind die Extrempunkte des Spektrums

der akademischen Kontroverse über Polizeistrategie. Das Urheberrecht auf diese Debatte haben allerdings nicht die streitlustigen Kombattanten der Kritischen Kriminologie, die sich auf zwei vermeintlich extreme Pole von Polizeistrategie beziehen. Die Frage, ob Nulltoleranz, traditionelle Polizeipraxis oder gemeindenähe Polizei als Strategie der Ordnungswahrung und Kriminalitätsbekämpfung erfolgreicher ist, wurde vor allem durch die Medien in einer Zeit steigender Besorgnis über »immer schlammere« Jugendgewalt auf die kriminalpolitische Tagesordnung gebracht.

Ein wahres Wunder steht in der Zeitung

Die deutschen Medien schreiben bei Skandalen gern von »der« Polizei als »Schlägertruppe«, aber abgesehen davon haben sie von jeher ein unbefangeneres Verhältnis zur Ordnungsmacht als Soziologie und Pädagogik. Medien und Polizei brauchen sich gegenseitig. Die fliegenden Händler auf dem gierigen Markt der schlechten Nachrichten über Gewalt, Opfer und Tätermonster wollen Bilder und Geschichten verkaufen. Die Polizei liefert und bezieht über affirmative Medienpräsenz Legitimität, nicht zuletzt auch über *Reality-TV* und über die Fahndungssendungen der privaten und öffentlichen Kanäle. Teile der Medien sind zu einem »Gesprächspartner« im kriminalpolitischen Diskurs geworden, den man nicht mehr ignorieren kann. Und sie werden zu einer zentralen Herausforderung für eine sachgerechte und informierte Auseinandersetzung über Kriminalitätsprobleme.

Medien brauchen Bilder über Kriminalität. Das Problem liegt darin, dass sie am liebsten Bilder über die Abteilung von Kriminalität zeigen, die am meisten Angst macht, aber am seltensten kommt (Warr 2000: p. 467). Entgegen dieser Routine entdecken Nachrichtenmagazine wie SPIEGEL und Focus plötzlich mitten im Jahrzehntlang abschreckendsten Sinnbild des »alles wird immer schlimmer, immer krimineller, immer gewalttätriger«, im angeblich unregierbaren Kriminalitätsmoloch New York das Licht am Ende des Tunnels: Der Kriminalität kann Einhalt geboten werden. Ein echtes Wunder, aber es geschah nicht durch die heilenden Hände Mildtätriger, sondern durch einen knallharten Bürgermeister und seinen nicht minder hartgesottenen Polizeichef Bratton. Dass Giuliani als *mean*, also gemein bzw. niederträchtig in die Annalen eingehen werde, wie J. Traub im Frühjahr 2001 in der New York Times schrieb, muss man bezweifeln. Nach dem 11.9.2001 steht der Name Rudolph Giuliani für einen unermüdlichen Einsatz des Bürgermeisters nach der Terrorattacke auf das World Trade Center. Dies und nicht die Kriminalitätsbekämpfung durch Nulltoleranz wird als sein Hauptverdienst in die Geschichtsbücher eingehen. Im Unterschied zur Kreuzzugs- und Wildwest-Rhetorik von Präsident Bush rief Giuliani unmittelbar nach der Katastrophe zur Toleranz gegenüber den New Yorker und amerikanischen Muslimen auf. Die New York Times merkte an, dass diese bemerkenswerte

und couragierte Sensibilität des Bürgermeisters sich deutlich von der Strategie des *racial profiling* im Rahmen der *zero tolerance* als Polizeistrategie abhebe. Letztere soll als Nulltoleranz gegenüber Ordnungsverstößen und Kleinkriminalität sowie als Verdrängung des »Gesocks« von Bettlern, Obdachlosen, Autoscheibenputzern und Cliquenkids aus den Konsumbereichen Manhattans die Kriminalität der Stadt reduziert haben. Möglicher geworden sei dies durch intensivere Kontrolle, nämlich die permanente computergestützte (*Compstat*) Überwachung von Kriminalitätsschwerpunkten (*hot spots*) und von Verdächtigen (*stop & frisk*) durch Verkehrs- und Zivilstreifen. Am Ende des Kriminalitätsjahrhunderts und seinem Angstklima sei so mit probaten Polizeimitteln ausgerechnet in New York die Kriminalität drastisch reduziert worden. Übersehen werden störende Details und Ungereimtheiten. Zu einem Zeitpunkt, als die New Yorker Öffentlichkeit schon zunehmende Skepsis gegenüber ihrer *zero tolerance* Polizei bekundete, verkaufte sich das Konstrukt einer kausalen Beziehung zwischen Kriminalitätsrückgang (=Lebensqualität) und Nulltoleranz als Polizeistrategie in Deutschland wie ein Allheilmittel. Das »Beweismaterial« aus New York behagte der wegen Wiedervereinigungs-Blues deprimentierte und insofern auch extrem wundergläubigen deutschen Öffentlichkeit über alle Maßen. Wenn Bürgermeister Giuliani und sein Polizeichef Bratton mit hartem Durchgreifen die Megastadt vom Bösen reinigen konnten, so soll die Polizei auch bei uns wieder »richtige« Polizei werden, überall Ordnung herstellen, besonders in den Problemzonen, und zwar durch härteres Durchgreifen im Alltagsgeschäft.

»Richtige« Polizei?

Nulltoleranz (*zero tolerance*) und »Gemeinwesenpolizei« (*community policing*) könnten als historisch gewachsenes Geschwisterpaar angesehen werden. In den USA verläuft die Abwendung vom polizeilichen Nichtstun (*non- bzw. under-enforcement*, wenn man so will »full tolerance policing«) in zunächst einmal zwei völlig entgegengesetzte Richtungen. Als sich Polizeiarbeit mangels Ressourcen aus *slums* und problematischen Wohngebieten zurückzog, um sich auf gelegentliche Auftritte als Arschtritt-Polizei (*kick ass policing*; so Wilson und Kelling, zitiert in Greene 2000: 218) zu beschränken, so beruhte dies nicht auf einem Konsens, sondern auf *laissez-faire*. Im Gegensatz zur bürgernahen Polizeitätigkeit, die des Konsenses weit über den Polizeiapparat hinaus bedarf, ist Nulltoleranz eine Entscheidung von oben. Allerdings kann sie wie im Fall New York Zustimmung finden und das nicht nur bei Reichen, Managern und Touristen. Auch in Europa zeigen die Wahlerfolge der Rechtspopulisten von LePen bis Schill die Attraktivität punitiver Konzepte. Die Vertreibe- und Kontrolltaktik des NYPD hatte durchaus nachweisbare Effekte, z.B. wurden auch bei geringen Verdachtsanlässen Durchsuchungen nach Schusswaffen durchgeführt. Dies bewirkte, dass es für junge Männer, ob aus

Gangs oder nicht, zu riskant wurde, noch Waffen mit sich zu führen. Ein drastisch erhöhtes Festnahmerisiko für die Träger illegaler Schusswaffen macht jede Stadt sicherer. 1998 verzeichnete das NYPD allein in den Kategorien »Öffentliche Ordnung/Waffenkontrolle« (*Quality-of-life-enforcement/hand-gun check*) 300.000 Festnahmen. Der ohnehin im Wandel befindliche öffentliche Handel mit illegalen Drogen wurde zusätzlich erschwert bzw. vertrieben. Dies ließ öffentliche Plätze und Parks sicherer und ansehnlicher werden und verhinderte zudem inter- und intra-gang Gewaltkonflikte. Deshalb stießen die *stop & frisk* Routinen der Streifenpolizisten bei den Vertretern von diskriminierten Minderheiten nicht von vorneherein auf Ablehnung. Auch wenn sie als lästig empfunden wurden, erkannte man doch ihre ordnungsstiftende und friedensbewahrende Funktion. Was bei den Minderheiten und schließlich bei der Mehrheit der New Yorker keinen Zuspruch mehr finden konnte, war das Verhalten der Polizisten während dieser Kontrollen: die Rückkehr zur »kick ass«-Strategie vor allem gegen schwarze junge Männer. Auch wenn die Touristen ein Manhattan frei von Bettlern, Huren, Obdachlosen, Gangs und Junkies noch so toll fanden, den New Yorkern behagte die 180-Grad Wende in der urbanen Sozialpolitik nicht, deren Bestandteil die Nulltoleranz war. Allen voran wichtige Meinungsführer wie *Late Night Show*-Star David Letterman zogen eine negative Bilanz. Letterman eröffnete seine abendliche Sendung mit einem zynischen Scherz: »Was für ein wunderbarer Tag heute in New York, meine Damen und Herren. Sonnenschein, Wärme, die Menschen sind fröhlich und lieben einander, und die New Yorker Polizei hat einen schwarzen Tatverdächtigen heute NUR VERWUNDET ...«. Schließlich kritisierte selbst Bratton als Vater des Konzepts die Konsequenzen des harten Durchgreifens bei den Minderheiten der Stadt. Insgesamt traten die anti-sozialen Säulen des Konzepts immer deutlicher zutage. Das »defining deviancy down« der Nulltoleranz bedeutete ein radikales Infragestellen der Grundlagen von Zivilgesellschaft und liberaler Politik. James Traub zitiert im *New York Times Magazine* eine politische Verfechterin der neuen Unerbittlichkeit: »Wir glauben nicht mehr, dass wir uns mit den Wurzeln für Armut und Rassismus befassen müssen, um Kriminalität zu bekämpfen. Kriminalität wurzelt nicht in Armut und Rassismus. Ihre Wurzel sind KRIMINELLE (Hervorhebung J.K.), und was die Ursachen für Kriminelle sind, darüber können wir debattieren.« (Traub 2001: 66)

Der durch Nulltoleranz zum Disneyland-Schaustück mutierte Times Square konnte nicht auf die gesamte Stadt New York mit ihrer monumentalen Ungleichheit zwischen Arm und Reich und zwischen Zentrum und Peripherie ausgedehnt werden. Die Unterdrückung des Bösen sei Bürgermeister Giulianis ganze Leidenschaft. Auch wenn ihm Bilder einer Ausstellung missfielen, zeigte er Nulltoleranz und verweigerte dem Museum städtische Mittel. Aber Giuliani tue nichts für die Kultivierung des Guten, schrieb die *New York Times*. Synchron zur polizeilichen Nulltoleranz wurde das Schulwesen

zum Opfer von massiven Kürzungen. Dienstleistungen, speziell für ärmerre Teile der Stadt, wurden reduziert und die Wohnungspolitik Giulianis wird einhellig als Katastrophe angesehen. Ein derart radikales Abwrackprogramm kann sich keine Stadt langfristig erlauben, schon gar nicht New York. Teile der New Yorker Öffentlichkeit sahen die Giuliani-Therapie als plastische Chirurgie, eine Schönheitsoperation mit viel Silikon, harten Schnitten und Straffungen, um die problematischen Tiefenschichten der Stadtentwicklung zu verbergen.

Ein Aspekt, den SPIEGEL, Focus und der Rest des Nulltoleranz-Fanclubs zu erwähnen vergaßen: Das von den Medien zum Erfolgsmodell gekürzte NYPD ist ein chronischer Problemfall. Regelmäßig müssen in New York City hohe Regierungskommissionen die Missstände in der Polizeiorganisation der Stadt untersuchen. Die neueste Skandalbilanz erstreckt sich auf den Vorwurf der rassistisch begründeten Diskriminierung (*racial profiling*). Das hat den von Polizeigewerkschaften und sogar von Ex-Polizeichef Bratton beklagten Vertrauensverlust des NYPD bei den ethnischen Minderheiten der 8-Millionen-Stadt verstärkt. Nach New York reisen zwar jährlich 37 Millionen Touristen und freuen sich über den vom sozialen Unrat gereinigten Times Square. In New York City stammen aber 35% der Wohnbevölkerung aus anderen Ländern. Den Migranten erschienen Fälle von widerrechtlicher Polizeigewalt gegen unbewaffnete, zum Teil hilflose Verdächtige (die Fälle Louima, Diallo und Doorsman) als skandalöse Spitze eines Eisbergs polizeilichen Gewaltmissbrauchs. Das dokumentierte Versagen der zuständigen Beamten des NYPD angesichts der massiven sexuellen, gewalttätigen und kriminellen Übergriffe während der Puerto Rican Parade des Jahres 2000 im Central Park gegen etwa 50 weibliche Opfer belegte für viele Amerikaner, dass Nulltoleranz eine arbiträre, wenn nicht willkürliche Polizeistrategie darstellen könnte und nicht aus Gründen des Opferschutzes angewandt wird.

Als Kriminologen bezweifeln J. Eck und E. Maguire (2000) in ihrer vergleichenden Analyse den kausalen Zusammenhang zwischen Polizeistrategie und Kriminalitätsrückgängen. B. Johnson und seine Mitautoren (2000) beschreiben die sich partiell überlagernde Wirkung von selektiver sowie intensiver Strafverfolgung im Rahmen der Nulltoleranz und von strukturellen Veränderungen im New Yorker Drogenkonsum und -verkauf sowie dem zugehörigen subkulturellen Wertesystem. Allgemein hebt die wissenschaftliche und auch polizeiinterne Kritik als zentrales Problem von Nulltoleranz auch in England hervor, dass die konzentrierte Polizeipräsenz in Brennpunkten der Kriminalität als Rassismus aufgefasst werden müsse (Burke 2000). Das bereits erwähnte *racial profiling* zerstört ein wesentliches Fundament langfristig erfolgreicher Polizeistrategie in städtischen Zonen mit hohen Raten von Kriminalität und Victimisierung. Dem Vertrauensverhältnis zu Minderheiten und ihren Sprechern/Vertretern werde seine Grundlage entzogen. Die Folge der Einschüchterung der »üblichen Verdächtigen« und der Verlagerung von Szenen in we-

niger kontrollierte Regionen durch Nulltoleranz-Polizeipräsenz und verwandte Strategien sei eine sinkende Kooperations- und Anzeigebereitschaft. Dadurch würden die Kriminalitätsraten sinken, so dass die Strategie allerdings nur in einer kriminologischen Optik der geringsten Einfallskraft Erfolge zeitigen kann. Weil Nulltoleranz langfristig weder konsens- noch zurechnungsfähig (*accountable*) sein könne, müsse die Polizei zum Feind des jeweiligen Gemeinwesens werden. Sei sie dies geworden, so dauere es lange Zeit, bis sie sich wieder als zivile Ordnungskraft etablieren könne. Wolle das Gemeinwesen eine zeitweise und selektive Normverdeutlichung und Strafverfolgung durch Polizei, so könne eine lokal und temporär erhöhte Kontrollintensität und Präsenz ein erfolgreicher Ansatz sein, um Kriminalität und Dissozialität einzudämmen.

Bürgernahe Polizei

Die Forschung zur Polizeigeschichte in den USA zeigt die systematische Beziehung zwischen »Gemeinschaftsnähe«, Korruption und Gewaltmissbrauch als »privaten« Charakterzug der ersten mit Polizeiaufgaben beauftragten Kräfte (Forst 2000: 27ff.). Trotz der allgegenwärtigen Betonung von Gemeinwesen (*community*) und Kommunitarismus in den USA hatte die amerikanische Polizei häufig keine andere Tradition in den Gemeinden des 19. Jahrhunderts als die, eine »gesetzlose« Form der Gewaltlizenz zu verkörpern. Man ist als unterwürfiger Vollzugsgehilfe von gewählten und um ihr einträgliches Amt buhlenden örtlichen Politikern korrupt, gewalttätig gegen Minderheiten und Arme und dazu explizit rassistisch. Das Konzept der gemeinwesenorientierten Polizei (*community policing*) formiert sich in den USA nicht in dieser Phase und auch nicht in der sogenannten Reformära, sondern ein Jahrhundert später auf dem Höhepunkt der »Professionellen Ära«. Die ansteigenden Kriminalitätsraten lassen den Eindruck von Inkompotenz entstehen. Das Aneinandergeraten der amerikanischen Polizei mit Minderheiten (*African-Americans* und *Latinos*) und mittelschichtstümlicher Bürgerrechts- und Anti-Vietnam-Bewegung an den amerikanischen Universitäten kulminierte 1968 beim gewalttätigen Einsatz der Polizeikräfte am Rande des demokratischen Parteikongress in Chicago. Beides führt dazu, dass Polizei und Polizisten für viele Bürger zum beherrschenden Symbol des brutalen und hässlichen Amerika werden.

Vor allem diese Legitimitätskrise bildet den Anfang einer Umorientierung der Stadtpolizeien, die über die Zwischenschritte des *team policing* und des *community relations policing* zum Konzept des jetzt uneinheitlich und mit wechselnder Begeisterung praktizierten *community policing* wird. Auf der organisatorisch-bürokratischen Ebene bezeichnet diese Orientierung auf die »Gemeinde«

- betont informelle Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und anderen Diensten;
- eine Orientierung auf Dienstleisten (*service* statt *force*);

- eine verstärkte Autonomie lokaler Polizeikräfte und weniger Zentralisierung im Polizeiapparat;
- eine gewachsene Rechenschaftspflicht (*accountability*) des polizeilichen Handelns gegenüber der Öffentlichkeit;
- eine personenbezogene Kontinuität der zuständigen Streifenbeamten (*beat officers*) und die lokale Begrenzung des Streifendiensts;
- präventive Aktionen haben für die beteiligten Beamten Vorrang vor Einschreiten und Strafverfolgung;
- und schließlich eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit an polizeilichen Belangen.

Alle beteiligten Institutionen und Organisationen der jeweiligen Gemeinde arbeiten zusammen und zwar nicht immer notwendig unter steter Berücksichtigung einer Priorität polizeilicher Interessen. Die verbindlichen und längerfristig angelegten *consultations*, also die gegenseitig ausgetauschten Informationen, Einschätzungen, Absprachen und aufgrund von Zuständigkeit und Kompetenz übernommenen Aufgaben führen zu Dezentralisierung und Machtabbau, auch bei der Polizei.

Probleme des Konzepts *community policing* liegen zunächst vor allem darin, dass es einen Nischenstatus zugewiesen bekommt. Es bezieht lediglich marginale Aspekte der Polizeipraxis ein und kann von daher leicht als Programm für Softie-Polizisten (»die mit dem weichen Herz«) trivialisiert werden. Durch die Nähe zwischen Bürgern und Polizisten belebt sich zudem das alte Problem der Korruptionsanfälligkeit, das man in der *professional era* unbedingt loswerden wollte und mit dem *community policing* durch die Hintertür wieder einführt. Als kurzfristige Verbesserung des polizeilichen Ansehens funktioniert das Konzept nur in solchen *communities*, die bereits Strukturen und Netzwerke informeller sozialer Kontrolle aufweisen können. Dies ist aber in den Krisenzonen am Innenstadtrand der amerikanischen Großstädte, den *inner city neighborhoods* als verelendeten Slumbezirken mit extrem hoher Belastung durch Kriminalität und Viktimisierung, mit ihrer durch Gangs organisierten *smack-* und *crack-*Ökonomien überhaupt nicht der Fall (aufschlussreich dazu Johnson et al. 2000). Dort tritt die Polizei auch nach der Einführung des *community- und problem-oriented policing* zunächst weiterhin so auf wie vorher während der *professional era*: Uniformiert, im Streifenwagen, als ungeliebte, z.T. verhasste »Besatzungsmacht«.

Wenn man eine langfristige Bilanz der Erfolge des amerikanischen *community policing* ziehen will, muss man dazu bereit sein, einen traditionellen (und in sich unzuverlässigen) Maßstab für polizeiliche Effizienz radikal in Frage zu stellen. An ihm werden seit eh und je polizeiliche Erfolge gemessen und mit seiner Hilfe sollte der angebliche Erfolg der *zero tolerance* des NYPD »bewiesen« werden: die Offizialdaten der polizeilichen Kriminalstatistik. Eine Umorientierung in der Effizienzmessung ist für die kurzfristige Denkweise von Kriminalpolitik, Medien und Fliegenbeinzähl-Kriminologen eine gleichermaßen absonderliche Vorstellung. Eine längerfristige Perspektive ist aber bei der Polizeiforschung immer angemessen, weil sich

Veränderungen in dieser Organisation mit der Fließgeschwindigkeit eines Gletschers ereignen. Aus längerfristiger Perspektive stellt *community policing* eine Gegenbewegung und eine Konsequenz gegenüber der Tatsache dar, dass die Polizei von 1960 bis weit in die 80er Jahre hinein Legitimität und Kompetenz verloren und verscherzt hat. Und das ausgerechnet dort, wo die Probleme am größten sind und wo die privat finanzierte Alternative zur uniformierten Polizei, nämlich der Einsatz von privater Sicherheit, nicht zur Verfügung steht. Es geht um die erwähnten *inner city neighborhoods*. Wo die meiste Kriminalität geschieht, sind paramilitärischer Habitus und radikale *non-intervention* der staatlichen Ordnungsmacht weniger Folge der wissenschaftlichen Einsicht dieser Zeit, dass nämlich Kriminalitätsanstiege nicht unmittelbar mit Polizedichte, Polizeistrategien etc. zu tun haben. Auf Seiten der Polizeiführung und Politik dient das Ganze anderen Zwecken: Es ist die beste Ausrede für weniger polizeiliche Dienstleistung zu einer Zeit knapper Ressourcen. Burke (2000) nennt es: »Eine sehr genehme Form des Zusammenspiels zwischen einem liberalen, anti-repressiven Diskurs der Kriminaljustiz und den ökonomischen Interessen von Polizeimanagern, die mit knappen Ressourcen auskommen müssen. Diese inoffizielle und nicht explizit gemachte defacto Non-Intervention hatte die unbeabsichtigte Folge, dass die nun tolerierte Devianz oberhalb der Schwelle lag, die von der Bevölkerungsmehrheit als akzeptabel angesehen wurde.«

Ausblick

Überall entwickeln sich Ansätze des *community policing* und zum Teil gelingt es, aus dem Nischen- und Feigenblattdasein herauszutreten und zum PRINZIP der polizeilichen Organisation und Tätigkeit zu werden. Das könnte man als den systematischen und langfristigen Versuch der Polizei auffassen, in den vernachlässigten Brachlandschaften der Innenstadtrandgebiete wieder Fuß zu fassen, und dies weniger als Oberaufseher der Wiederaufforstung von Strukturen informeller und formeller sozialer Kontrolle, denn vielmehr als Akteure in einem Verbund von Bewohneraktivisten, sozialen Dienstleistern und ehrenamtlichen Helfern.

»Das Konzept ist gut, die Praxis funktioniert nicht«, so lautet häufig die Kritik an der Strategie des amerikanischen *community policing*. Und diesen Einwand hört man auch häufig von Polizisten. Dabei werden die langfristigen Auswirkungen solcher Programme wie CAPS in Chicago nicht ausreichend berücksichtigt, weil sie sich eben nicht in Tatverdächtigenstatistiken oder gar Rückgängen von Kriminalitätsraten darstellen lassen. Wie schon mehrfach nachgewiesen wurde, führt ein verbesserter sozialer Zusammenhalt nicht nur zu einem anderen Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, sondern auch zu einer Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass Strafanzeigen erstattet werden bzw. die Polizei verständigt wird. Anders ausgedrückt: *community policing* kann über längere Zeit

zu einem Ansteigen der gemeldeten Kriminalität führen, und dies wird traditionell als Misserfolg der Polizei gewertet. Die Auswirkungen des *community policing* auf die gemeldete Kriminalität sind abgesehen von solchen paradoxen Effekten eher bescheiden. Was sich ändert, ist

- die Qualität der Interaktion zwischen Polizei und Bevölkerung;
- die Nähe der Polizei zur Gemeinde und zu den konkreten Problemen der jeweiligen Wohnbevölkerung;
- die Struktur des Polizeiapparats und seiner Funktion als Dienstleister;
- Berufsverständnis, -motivation und -zufriedenheit von Polizisten. Diese können sich durch *community policing* Programme in positiver Richtung verändern (Greene 2000, p. 299f).

So betrachtet ist *community policing* ein Instrument des Wandels in der Polizei, und wo bürgernahe Polizei sich etabliert und wirkliche Erfolge zeitigt, wissen das die beteiligten Dienstleister und Bewohner. Dieser Wandel ist nach zwanzig Jahren noch in den Kinderschuhen. Und der ärgste Feind dieses Wandels ist die Polizeiorganisation selbst, schreibt Greene (2000, p. 357).

Der Gegensatz, den die deutsche akademische Debatte zwischen bürgernaher Polizei (als Übertragung des amerikanischen *community policing* auf deutsche Verhältnisse) und, auf der anderen Seite, Nulltoleranz (hier vor allem, indem sie Medienkonstrukte reproduziert) aufbaut, ist kein reales Abbild polizeilicher Tätigkeit, weder in den USA noch bei uns. Der Dualismus zwischen diesen Extremen dient der Verortung der Polizei als Organisation mit Gewaltlizenz auf einem normativen Spektrum. Die Pole dieses Spektrums sollen eine ideale Polizei als Gegenüber einer schlechten kennzeichnen. Ideologisch wird *community policing* mehr oder minder gleichlautend mit »guter Polizei«, und der irreführende Medienbegriff »Nulltoleranz« mit Brachialgewalt gleichgesetzt. Ein Gutteil der deutschen Polizeikritik, auch die der durch interne Streitereien kollabierten Organisation der »Kritischen Polizisten« neigt zu solch normativer Sichtweise. Man glaubt an idealtypische Gegenüberstellungen wie der Papst an seine Unfehlbarkeit und die Todstunde der anderen. Und man reagiert beleidigt, wenn auf Widersprüche und die wenig erfolgversprechende Übertragbarkeit überseischer Erfolgsrezepte hingewiesen wird.

Die entscheidende Frage ist aber nicht, ob *community* oder *zero tolerance policing*. Es muss darum gehen, ob polizeiliches Handeln im Rahmen demokratischer Spielregeln der Zivilgesellschaft konsensfähig ist oder nicht. Die überkommenen Maßstäbe der Effizienzmessung mit dem ewigen Schielen auf die Kriminalstatistik, deren Daten in Deutschland ohne zuverlässige und regelmäßige *crime victim surveys* als Kontrastfolie noch weniger Aussagekraft haben als die anderer westlicher Gesellschaften, werden immer untauglicher, auch wenn man Medien und Leichtgläubige nach wie vor damit »abfüttern« kann. Effizienz durch Nulltoleranz ist eine Medien- und Touristenversion von Sicherheitspolitik und *community policing* das Disneyland für altgewordene

»Junge Kriminologen« und selbstgesprächsversessene »Kritische Polizisten«. Maximaltoleranz, also Nullverfolgung, ein alter Traum von staatskritischen Propheten auf soziologischen Lehrstühlen, kann in diesem Sinne eine schlechte Praxis darstellen, ein Vorwurf, den man den Polizeikräften der neuen Bundesländer angesichts der regionalen Dominanz des »rechten Lebensstils« und seiner Vorliebe für Gewalt und Dehumanisierung machen kann. Zustimmungsfähiger scheint (das Legalitätsprinzip aufweichende) tolerante Polizeiarbeit, wie sie momentan in den Aussteigerprogrammen für Rechtsradikale praktiziert wird. Die Sozial- und Jugendarbeit hat seit mehr als zehn Jahren mit dieser Zielgruppe mentalhygienische Probleme und scheint überfordert zu sein. Konsensfähig scheint aber auch eine verstärkte Normverdeutlichung und des Opferschutzes im Bereich »häuslicher Gewalt«. Bei wiederholten und schweren Fällen der Misshandlung in Familien kann nun in verschiedenen Bundesländern durch PolizeibeamtInnen gegen Misshandler ein Platzverweis mit Rückkehrverbot ausgesprochen werden. In Bereichen von Gewalt in Intimbeziehungen, in denen Misshandlung wahrscheinlicher und schwerwiegender ist, kann diese Normverdeutlichung durchaus auch eine befriedende Wirkung auf das umgebende Gemeinwesen haben. Und das wäre dann *community policing* im eigentlichen Sinne, genauso wie die notwendige Normverdeutlichung gegenüber gewalttätigen Glatzen, Fußball-Hooligans oder autonomen Gelegenheitskriegern. Realitäts- und praxisfremde ideologische Positionen um den konstruierten Gegensatz zwischen Härte (Nulltoleranz) und ökologisch korrekter Kuschelpolizei bleiben Tummelplatz von kritischen Kritikern und haben mit einer Diskussion um eine stärker konsensfähige Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben und Pflichten, also mit der Zukunft der Institution mit Gewaltlizenzen in einer gefährdeten Zivilgesellschaft wenig zu tun.

Prof. Dr. Joachim Kersten lehrt Soziologie an der FH für Polizei in Villingen-Schwenningen und ist Mitherausgeber dieser Zeitschrift

Anmerkung:

Der Autor dankt A. Krüger-Seybold und A. Pick für kritische Kommentare.

Literatur:

Rafael Behr (2000), Cop Culture -Der Alltag des Gewaltmonopols-. Leske+Budrich: Opladen
Pam Belluck (2000), »Blighted areas are revived as crime rate falls in cities«, The New York Times, 29. Mai, p. 1, A12

Jayson Blair (2000), »Toll in attacks rises to 50, with 15 arrests«, The New York Times, 18. Juni, Onlineversion: www.nytimes.com/library/nationalregional/061800ny-central-park.html

Alfred Blumstein/Jöel Wallmann (2000) (eds.), The Crime Drop in America. Cambridge UK

- Christopher R. Browning (1999), Ganz normale Männer. Reinbek bei Hamburg
Roger Hopkins Burke (1998) (ed.), Zero Tolerance Policing. Leicester UK
Roger Hopkins Burke (1998), »A Contextualisation of Zero Tolerance Policing Strategies«, Zero Tolerance Policing, hrsg. v. R. H. Burke, Leicester UK, pp. 11–38
Miguel de Cervantes (2000), Don Quijote. München.
C. J. Chivers/Kevin Flynn (2000), »Mob attacks on women in the Park stun city«, The New York Times, 13. Juni, online version: www.nytimes.com/library/nationalregional/061300ny-central-park.html
C. J. Chivers/ William K. Rashbaum (2000), »Inquiry focuses on officers' responses to violence in park after parade«, The New York Times, 14. Juni, online version: <http://www.nytimes.com/library/nationalregional/061400ny-central-park.html>
John Conroy (2001), »Annals of police torture – What price freedom?« Chicago Reader 30, no. 23, 2. März, pp. 1,14-17, 20f.
Chris Crowther (1998), »Policing the excluded society«, Zero Tolerance Policing, hrsg. v. R. H. Burke, Leicester UK, pp. 69–79
John E. Eck/Edward R. Maguire (2000), »Have changes in policing reduced violent crime? An assessment of the evidence«, The Crime Drop in America, hrsg. von A. Blumstein und J. Wallmann, Cambridge UK, pp. 207–265
Jack R. Greene (2000), »Community Policing in America: Changing the nature, structure, and function of the police« Policies, processes, and decisions of the criminal justice system, Criminal Justice 2000, vol. 3, National Institute of Justice, U.S. Department of Justice, Washington D.C., pp. 299–370
Kevin Flynn (2000), »9 police officers face disciplinary action after inquiry in central park attacks«, New York Times, 4. July, online version: www.nytimes.com/library/nationalregional/070400ny-central-park.html
Juan Forero (1999), »Report says most officers cited for brutality or misconduct are not punished«, The New York Times, 30. Dezember, p. A23
Brian Forst (2000), »The Privatization and Civilianization of Policing«, Boundary Changes in Criminal Justice Organizations – Criminal Justice 2000, vol. 2, National Institute of Justice, U.S. Department of Justice, Washington D.C., pp. 19–79
V. Dion Haynes (2000), »L.A. agrees to U.S. oversight over police«, Chicago Tribune, 4. November, p. 4
Chris Hedges (2000), »Accusations of errant police clique roil a New Jersey city«, The New York Times, 13. Mai, p. A14
Hans-Joachim Heuer (1997), Geheime Staatspolizei. Berlin/New York.
David Jackson (2000), »3 unsolved slayings link police, mob crews«, Chicago Tribune, 24. Oktober, p. 1, 12
Karl-Heinz Janßen (2001), »Massenmord in Grün – Eine Ausstellung zeigt: Auch die Polizei war an NS-Verbrechen beteiligt«, DIE ZEIT, Nr. 20 vom 10.Mai, www.zeit.de/2001/20/Kultur/200120_tenhope.html
Bruce Johnson, Andrew Golub und Eloise Dunlap (2000), »The rise and decline of hard drugs,

drug markets, and violence in Inner-City New York«, The Crime Drop in America, hrsg. v. A. Blumstein und J. Wallmann, Cambridge UK, pp. 164–206

Joachim Kersten (2000), »Police powers and accountability in a democratic society«, European Journal on Criminal Policy and Research 8, pp. 237–245

Siegfried Lenz (1973), Deutschstunde, München
Dominique Montjardet (2000), »Police and the Public«, European Journal on Criminal Policy and Research 8, no 3., pp. 353–378

Maurice Punch (2000), »Police Corruption and its Prevention« European Journal on Criminal Policy and Research 8, no 3., pp. 301–324

Todd S. Purdum (2000), »Los Angeles agrees to changes for Police«, The New York Times, 21. September, p. A 14

William K. Rashbaum (2000), »Eight identified in videos arrested in Central Park sex attacks«, New York Times, 16. Juni, online version: www.nytimes.com/library/nationalregional/061600ny-central-park.html

Amadeu Recasens (2000), »The Control of Police Powers«, European Journal on Criminal Policy and Research 8, no 3., pp. 23–245

Jo Reicherz (2000), »Empirisch-wissensoziologische Polizeiforschung in Deutschland«, Polizei & Wissenschaft 1, pp. 4–12

Eli B. Silverman (1998), »Below Zero Tolerance: The New York Experience«, Zero Tolerance Policing, hrsg. v. R. H. Burke, Leicester UK, pp. 57–67

Wesley Skogan/Susan M. Hartnett/Jill DuBois (1999), Community Policing in Chicago, Years Five and Six: An Interim Report. Illinois Criminal Justice Information Authority: Chicago, IL.

Wesley Skogan/Susan M. Hartnett/Jill DuBois/Jennifer T. Comey/Marianne Kaiser/Justine H. Lowig (Institute for Policy Research, Northwestern University)(2000), Problem Solving in Practice: Implementing Community Policing in Chicago. National Institute of Justice: Washington, DC.

James Traub (2001), »Giuliani's New York (Giuliani Internalized)«, The New York Times Magazine 11. Februar, pp. 62–67, 91, 100, 104

»How to Recruit Police Officers« (2000), editorial in The New York Times, 9. Oktober, p. A 26

John Wadham (1998), »Zero Tolerance Policing: Striking the balance, rights and liberties«, Zero Tolerance Policing, hrsg. v. R. H. Burke, Leicester UK, pp. 49–56

Samuel Walker (2001), Police accountability – The role of citizen oversight. Belmont (USA).

Joseph Wambaugh (1974), The Onion Field. New York, N.Y.

Ders. (1976), The Choirboys. New York, N.Y.

Mark Warr (2000), »Fear of Crime in the United States: Avenues for Research and Policy«, Measurement and Analysis of Crime and Justice – Criminal Justice 2000, vol. 4, National Institute of Justice, U.S. Department of Justice, Washington D.C., pp. 451–489

Benjamin Weiser (2000), »New York Police accused of bias – Federal Inquiry finds racial profiling in street searches«, The New York Times, 5. Oktober, p. 1, C27